

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Sozialausschusses am 16.11.2023
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bericht der Schuldner- und Insolvenzberatung des SKM Vorlage: FB22/0698/2023	4
3 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0699/2023	5
4 Aktueller Sachstand Neubau Obdach - es wird in der Sitzung berichtet	5
5 Haushalt 2024	6
5.1 Antrag des SKM auf Anpassung des Zuschusses für die Schuldner- und Insolvenzberatung für 2024 Vorlage: FB22/0477/2023	10
6 Anträge	11
6.1 Antrag der SPD-Fraktion - Stillräume Vorlage: FB22/0472/2023	11
7 Anfragen	11
7.1 Anfrage der Fraktion der UWG/Freie Wähler Vorlage: FB22/0222/2023	11
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
9 Termin der nächsten Sitzung	12
10 Verschiedenes	12

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu Vertretung für Herrn Markus Frank

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden Ratsmitglied

Frau Ann Luisa Kanders

Herr Marc Möhr Integrationsrat

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Dirk Müller Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Marco Nowak

Beratende Mitglieder

Frau Heike Gabernig Evangelische Kirchengemeinde anwesend bis 19:12 Uhr

von der Verwaltung

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 22

Schriftführerin

Frau Verena Nicolas Fachbereich 22

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

Herr Harald Härtel Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Bettina Scholten Beigeordnete Vertretung für Herrn Peter Annacker

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

Herr Christian Volmerich

Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons

Behindertenbeauftragter

Herr Oswald Hepner

Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker

Dezernent

Frau Michaela Kümmel

Fachbereich 22

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es gibt eine Ergänzung zum nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung, Punkt N11. Die Aufnahme in die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

2 Bericht der Schuldner- und Insolvenzberatung des SKM Vorlage: FB22/0698/2023

Herr Simons stellt anhand einer Präsentation die Arbeit der Schuldnerberatung des SKM vor.

Ratsfrau Pricken erkundigt sich, wie viele Insolvenzverfahren abgebrochen und wie viele Personen aufgrund von Überschuldung ihre Wohnung verlieren würden.

Herr Simons antwortet, dass der Hauptgrund für das Scheitern eines Insolvenzverfahrens fehlende Mitwirkung sei, beispielsweise, da Umzüge nicht mitgeteilt würden. Da ein Insolvenzverfahren zu Kosten führe, sei die Einleitung jedoch generell nur für mitwirkungswillige Personen sinnvoll. Eine statistische Erhebung, wie viele überschuldete Personen ihre Wohnung verlieren, gäbe es nicht.

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob die Zahl der Asylbewerber gestiegen sei, die die Beratungen von Herrn Simons wahrnehmen.

Herr Simons erwidert, dass nur vereinzelt Asylbewerber ihn aufsuchen würden, die Nationalität der Personen werde zwar erhoben, eine Aussagekraft bei einer Gesamtpersonenzahl von ca. 200 Personen sehe er jedoch kritisch.

Ratsherr Fliege interessiert sich für die Altersstruktur der aufsuchenden Personen, die Präventionsarbeit und die Anzahl der ausgestellten Bescheinigungen pro Jahr inklusive Arbeitsaufwand.

Herr Simons antwortet, dass die Altersüberschuldung zunehmen würde, Schulden von jüngeren Menschen würden oft innerhalb der Familie aufgefangen. Durch die Corona-Pandemie sei die Präventionsarbeit ins Stocken geraten, ein Kollege würde diese jedoch nach und nach wiederaufnehmen. Im Jahr 2022 seien 25 Bescheinigungen ausgestellt worden, der Arbeitsaufwand pro Bescheinigung betrage ca. 1,5 Stunden. Zusätzlich würden jedoch auch Beratungen stattfinden, die nicht zu der Ausstellung einer Bescheinigung führen würden.

Ratsherr Möhr führt aus, dass bei ca. 3000 überschuldeten Meerbuschern nur ca. 10% eine entsprechende Beratung wahrnehmen würden. Ratsherr Möhr erkundigt sich diesbezüglich nach Möglichkeiten der Kontaktvermittlung.

Herr Simons weist darauf hin, dass es harte und weiche Überschuldungsindikatoren gäbe. Da die Überschuldungsquote auch Fälle enthielte, bei denen lediglich eine Mahnung verschickt wurde, sei diese Zahl mit Vorsicht zu genießen.

Ratsfrau Niegeloh fragt nach dem Umgang mit Energieschulden.

Herr Simons bestätigt eine enge Zusammenarbeit mit dem örtlichen Energieversorger, welcher in Mahnanschriften bereits auf die Schuldnerberatung hinweist.

Ratsherr Bertholdt betont, dass staatliche Leistungen auch oberhalb der Pfändungsgrenze nicht pfändbar sein dürften und diesbezüglich eine politische Aufgabe bestehen würde.

3 Aktueller Sachstand Zuwanderung **Vorlage: FB22/0699/2023**

Frau Dreyer stellt die Informationsvorlage vor.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach der aktuellen Zahl neu zugewiesener Kinder und der Anzahl der Kinder in den städtischen Unterkünften.

Frau Dreyer antwortet, dass aktuell junge Männer zugewiesen werden würden, keine Familien. Eine Übersicht über die Altersstruktur der untergebrachten Kinder ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Ratsherr Bertholdt fragt nach den Herkunftsländern der aktuell zugewiesenen Personen.

Frau Dreyer teilt mit, dass aktuell Männer aus Afghanistan, Syrien, Georgien und weiteren Ländern zugewiesen werden würden. Es gäbe eine große Vielfaltigkeit der Staatsangehörigkeiten.

Ratsfrau Pricken ergänzt, dass aus der Ukraine aktuell männliche Personen flüchten würden, welche nicht mehr wehrdienstfähig seien.

Ratsfrau Housden fragt, wie die Integration der geflüchteten Personen sichergestellt werde.

Frau Dreyer berichtet, dass ein Case-Manager des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) zur Verfügung stehe, hier würden bald 0,8 Stellen aufgestockt werden.

4 Aktueller Sachstand Neubau Obdach - es wird in der Sitzung berichtet

Herr Härtel berichtet, dass die Ausschreibung am 15.09.2023 veröffentlicht worden sei. Es hätten sich bis Fristende zwei Teilnehmer gültig beworben, welche nun bis zum 19.12.2023 ein Angebot vorlegen müssten. Die anschließenden Verhandlungen würden etwas Zeit in Anspruch nehmen, sodass mit einer Vergabe des Auftrages im Januar 2024 gerechnet würde. Nach Vergabe gelte eine Frist von 32 Monaten bis zur bezugsfertigen Übergabe des Projektes. Diese sei für das 4. Quartal 2026 geplant.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich, ob die Ausschreibungsunterlagen des Teilnahmewettbewerbes im Internet einsehbar seien.

Herr Härtel sagt zu, die Antwort dem Protokoll beizufügen.

Die Frage von Frau Niegeloh wird wie folgt beantwortet:

Die Vergabe wird über das Zentrale Vergabemanagement des RKN durchgeführt, wobei die Unterlagen wiederum auf einer Plattform der EU eingestellt werden. Der Link zu allen Ausschreibungen sind auf der Website des Rhein-Kreis Neuss unter „Ausschreibungen“ hinterlegt. Bei einem zweistufigen Vergabeverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb sind die Unterlagen für die Dauer des Teilnahmewettbewerbs für jeden Interessierten frei einsehbar und auch herunterladbar. Der Teil-

nahmewettbewerb für das Obdach Strümper Straße startete bereits am 15.09.2023 und die Frist endete zum 17.10.2023. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs, mit Beginn der Angebotsphase, haben nur noch diejenigen Bieter Zugriff auf das Verfahren, welche den Teilnahmewettbewerb erfolgreich abgeschlossen und sich für die Angebotslegung qualifiziert haben.

5 Haushalt 2024

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2024 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	15	0	2

Im Einzelnen werden die Produkte wie folgt besprochen:

Produkt 050.311.010

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	15	0	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.312.010

Keine Fragen oder Anträge zu diesem Produkt.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	15	0	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.313.010

Es liegt eine Veränderung seitens der Verwaltung vor.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	15	0	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.315.010**Antrag GRÜN-Alternativ: Anmietung leerstehender Bürogebäude zur Unterbringung geflüchteter Personen.**

Ratsherr Fliege führt aus, dass in Düsseldorf Bürogebäude zur Unterbringung geflüchteter Personen genutzt würden. Er schlägt daher eine Unterbringung im Mollsfeld vor, da die Anmietung günstiger sei, eine Unterbringung schnell realisiert werden könne und im Bereich der Förderungen als Neubau gewertet werde.

Frau Scholten erklärt, dass eine Unterbringung in Bürogebäuden verwaltungsseitig bereits geprüft worden wäre, die entsprechenden Umbaukosten jedoch beachtet werden müssten.

Herr Härtel ergänzt, dass in diesen Gebäude Sanitärmöglichkeiten ergänzt werden müssten und die notwendigen Leitungsnetze fehlen würden. Auch müsse eine Nutzungsänderung beantragt und ein Brandschutzgutachten erstellt werden. Weiterhin müssten sich die Inhaber dieser Büroflächen bereit erklären, diese zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau Housden weist darauf hin, dass die Fördermittel nur für Privatpersonen bereitgestellt würden, welche ein Mietarrangement mit der Kommune hätten.

Ratsherr Kräling geht davon aus, dass eine laufende Prüfung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten seitens der Verwaltung erfolge.

Herr Volmerich weist darauf hin, dass eine Nutzungsänderung den dauerhaften Verlust der Gewerbeberechtigung zur Folge hätte.

Ratsfrau Niegeloh wendet ein, dass nach der Nutzung von Bürogebäuden in Büderich als Handwerkerwohnungen diese anschließend wieder als Gewerbeflächen genutzt worden seien.

Frau Scholten verweist auf den damaligen Unmut der Nachbarschaft und betont, dass die Unterbringung unrechtmäßig gewesen sei, was zu einer Räumung der Wohnungen geführt habe.

Herr Fliege zieht den Antrag der GRÜN-alternativ zurück.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	15	0	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.315.020

Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Stellenerhöhung um 1/2 Stelle für die Wohnungsnothilfe durch einen Träger.

Ratsfrau Housden führt aus, dass die Flüchtlingszahlen weiterhin steigen würden, die Vermittlung in Wohnraum daher wichtig sei, um Platz in den vorhandenen Unterkünften zu schaffen.

Ratsfrau Niegeloh merkt an, dass bereits in der letzten Sitzung über die interne Organisation der Wohnungsnothilfe gesprochen worden sei.

Frau Scholten ergänzt, dass die bekannte Problematik, dass in Meerbusch und Umgebung bezahlbarer Wohnraum knapp sei, berücksichtigt werden müsse. Gespräche über eine Prozessoptimierung könnten seitens der Verwaltung mit der Wohnungsnothilfe geführt werden.

Ratsfrau Housden zieht den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		

Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	14	1	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.331.010

Antrag des SKM auf Anpassung des Zuschusses für die Schuldner- und Insolvenzberatung für 2024

In Anbetracht der Haushaltslage empfiehlt Frau Scholten eine Erhöhung des Zuschusses auf 83% der Personalkosten entsprechend einer KGSt S12 bei 25 Wochenstunden und einen Verzicht auf die Sachkosten. Dies entspreche einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 38.467,30 €.

Ratsfrau Niegeloh fragt, wie hoch der Sachkostenzuschuss für die anderen Träger sei.
Frau Flintrop erläutert, dass dies von der jeweiligen Vereinbarung abhinge.

Ratsherr Fliege weist darauf hin, dass die Personalkosten allgemein gestiegen seien.

Ratsherr Kräling gibt an, dass bei einer verwaltungsseitigen Besetzung der Stelle diese nach S12 vergütet werden würde und folgt daher der Empfehlung der Verwaltung.

Ratsfrau Pricken merkt an, dass eine Schulden Spirale den Haushalt im Endeffekt stärker belasten könnte.

Ratsherr Fliege sagt, dass ein falsches Signal gesetzt würde, wenn nicht die marktübliche Vergütung gezahlt werde.

Ratsherr Möhr ergänzt, dass Herr Simons in seinem Vortrag nachgewiesen habe, dass die geforderten Stunden benötigt würden.

Ratsherr Bertholdt sagt aus, er hätte sich eine Beschlussvorlage gewünscht und schlägt vor, eine Dynamisierung in einen neuen Vertrag aufzunehmen. Herr Bertholdt wünscht eine Beratung im Rahmen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken schlägt vor, den Antrag an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss unter Vorlage einer Beschlussvorlage zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2	2		
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1	1		
Die Fraktion	1			1
Gesamt:	17	16	0	1

Mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis Produkt 050.331.010:

		Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	7		
SPD	2			2
FDP	2	2		
Bündnis 90/Die Grünen	3	3		
Grün alternativ	1	1		
UWG/Freie Wähler	1		1	
Die Fraktion	1	1		
Gesamt:	17	14	1	2

Mehrheitlich angenommen.

Produkt 050.351.010

Antrag der SPD: Erhöhung der Mittel für den Fonds für Demokratie auf 5.000,00 €

Herr Volmerich erläutert, dass in den Jahren 2021, 2022 und bis zum 30.06.2023 kein Abfluss der bereitgestellten Mittel stattgefunden habe. Im Rahmen von Einsparungsmöglichkeiten wäre dieser Ansatz daher auf 100,00 € herabgesetzt worden. Da die Interkulturelle Woche nach dem 30.06.2023 stattgefunden habe, wurde der entsprechende Abfluss der Mittel noch nicht beachtet.

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass in den Jahren der Corona-Pandemie keine Veranstaltungen hätten stattfinden können, aufgrund der aktuellen politischen Situation seien die Mittel für bestimmte Aktionen notwendig.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt auf dem Konto 050.351.010 53180000 Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke den Ansatz 2024 von 100,00 € auf 5.000,00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Produkt 410.311.010

Der Sonderhaushalt wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**5.1 Antrag des SKM auf Anpassung des Zuschusses für die Schuldner- und Insolvenzberatung für 2024
Vorlage: FB22/0477/2023**

Beschluss:

Verschoben auf den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 07.12.2023.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen.

Die Abstimmung wurde im Rahmen der Abstimmungen über das Produkt 050.331.010 durchgeführt.

6 Anträge

6.1 Antrag der SPD-Fraktion - Stillräume Vorlage: FB22/0472/2023

Der Antrag der SPD zur Errichtung von Stillräumen wird auf den Jugendhilfeausschuss am 05.03.2024 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Ratsfrau Niegeloh stellt den Antrag der SPD vor.

Ratsfrau Housden merkt an, dass die Abschließbarkeit eines Raumes auch zu Gefahren führen könne. Im Übrigen unterstütze sie den Antrag, da das Stillen im öffentlichen Raum gefördert werden müsse.

Ratsherr Kräling gibt an, dass in der Verwaltung aufgrund von Platzmangel keine entsprechenden Räumlichkeiten entbehrlich seien bzw. die Häufigkeit der Nutzung als Stillraum nicht in Relation stehe. Zudem gibt Herr Kräling zu bedenken, dass die Verwaltungsstandorte nicht immer im Ortskern und damit nicht von jedem Standort aus fußläufig schnell erreichbar seien.

Frau Scholten antwortet, dass trotz Umorganisation und Desk-Sharing ein Mangel an Räumlichkeiten für die Verwaltungsmitarbeiter herrsche, sodass das Vorhalten entsprechender Räumlichkeiten an allen Verwaltungsstandorten aus ihrer Sicht nicht umsetzbar sei, spontane Lösungen könnten jedoch immer gefunden werden.

Ratsherr Jörgens sagt, dass ein Netz von Räumlichkeiten in Meerbusch notwendig sei, um lange Wege zu vermeiden und dies in Meerbusch nicht praktikabel wäre.

Ratsfrau Niegeloh schlägt vor, den Beschluss auf den ersten Jugendhilfeausschuss im Jahr 2024 zu verweisen.

7 Anfragen

7.1 Anfrage der Fraktion der UWG/Freie Wähler Vorlage: FB22/0222/2023

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, teilt mit, dass sich der erste Teil der Anfrage der UWG bereits nach einem Gespräch mit Herrn Annacker erübrigt hätte. Es habe eine Verwechslung mit der Thematik ergeben, dass eine lange Wartezeit für Termine bei der Ausländerbehörde bestehe.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Seval, fragt zu dem zweiten Teil der Anfrage der UWG, wie viele Bewohner der Übergangwohnheime aktuell ausreisepflichtig seien.

Frau Dreyer antwortet, dass grundsätzlich alle Personen ausreisepflichtig seien, deren Asylverfahren abgelehnt seien, also alle Personen, die eine Duldung hätten.

Ratsfrau Pricken gibt zu bedenken, dass die Gründe für eine Duldung vielfältig seien und die Geschichte der jeweiligen Einzelpersonen betrachtet werden müsse.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Seval, gibt an, die Zahl sei wichtig bezüglich der Kapazitäten der Unterkünfte.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Wortmeldungen.

9 Termin der nächsten Sitzung

Donnerstag, den 22.02.2024

10 Verschiedenes

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob ein Ehrenamtstag geplant sei.

Ratsherr Bertholdt antwortet, dass Ehrenamtliche früher im Rahmen des Neujahrsempfangs geehrt worden wären. Da die Auswahl immer schwergefallen sei und die Gefahr bestehe, dass jemand übergangen wäre, ruhe die Ehrung aktuell.

Meerbusch, den 19. Januar 2024

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Verena Nicolas
Schriftführer/in